

«Reiche Leute waren fast immer willkommen»

Einbürgerungsfragen sind bis heute pikante Themen, auch oder vielleicht besser gerade in Liechtenstein. Spannend und sogar etwas makaber erscheint die Einbürgerungspraxis in den vergangenen Jahrhunderten.

Von Ramona Banzer

Gamprin. – In der liechtensteini-schen Verfassung steht, dass «jeder Landesangehörige das Recht hat, sich an jedem Orte des Staatsgebietes frei niederzulassen und Vermögen jeder Art zu erwerben». Das wird von vielen Bürgern als absolute Selbstverständlichkeit aufgefasst.

Doch dies war nicht immer so. In seinem Vortrag «Im Spannungsfeld von Staat und Gemeinden – Einbürgerungen in Liechtenstein im 19. und frühen 20. Jahrhundert» – dem zweiten in der Reihe «Wer gehört dazu? Liechtensteins Umgang mit Fremden im 19. und 20. Jahrhundert» des Liechtenstein-Instituts – erläuterte Klaus Biedermann vom Historischen

Verein die Einbürgerungspolitik von damals. Dabei deckte er Details auf, die für manchen Zuhörer spannend, neu und vielleicht auch ein wenig makaber waren. Eine besondere Erkenntnis war zum Beispiel, dass Recht eben nicht gleich Recht war oder dass eine willkürliche Handhabung der Gesetze durchaus Alltag sein konnte.

Zustände, die zu denken geben

«Liechtenstein hat nicht immer so funktioniert, wie wir es uns heute gewohnt sind. Das Staatsbürgerrecht hat sich sehr vom Gemeindebürgerrecht unterschieden. Die Gemeinden waren hierbei viel restriktiver ausgerichtet», erklärte Klaus Biedermann. Anhand des Falles der Familie Schafhitl, die heimatlos war und um die Erteilung eines Bürgerrechts ersuchte, wie Biedermann schilderte, «haben die Behörden mehrmals versucht, diese ›Nachkommen einer Vagabundenfamilie‹ aus Liechtenstein zu verdrängen, auch unter Anwendung körperlicher Strafen». Dieses Beispiel zeigte anschaulich, dass die Zuweisung eines Heimatrechts in Liechtenstein und ei-

nes einfachen Bürgerrechts in einer Gemeinde für arme Leute alles andere als einfach war. Eher im Gegenteil: «Die Familie Schafhitl war schlichtweg zu arm, um sich einen vollen Einkauf in das Gemeindebürgerrecht leisten zu können», hielt Klaus Biedermann fest.

Vorarbeit für eine bessere Lösung

Durch diese Erzählungen wurde den Besuchern das Ausmass der Klassenunterteilung klar, die früher zu vielen Benachteiligungen geführt hatte. «Als Fazit bleibt Folgendes festzuhalten: Vermögende Personen waren als Neubürger fast immer willkommen, während die Einbürgerung von mittellosen Personen hinausgezögert oder nach Möglichkeit sogar verhindert wurde», brachte der Historiker seine Schilderungen auf den Punkt. Auf der einen Seite bleibt ein bitterer Nachgeschmack, wenn man sich diese Zustände vorstellt, auf der anderen Seite lassen sie Raum für die Argumentation, dass genau solche Fehlentscheidungen zu der heutigen, moralisch viel vertretbareren Lösung, beigetragen haben.



Erläuterte die Einbürgerungspolitik von damals: Klaus Biedermann vom Historischen Verein deckte spannende Details auf.

Bild Daniel Schwendener